



SOLVIN ZANKL / FJORD&BELT

**Schweinswale in der Ostsee:** Jeder zweite ersäuft im Fischernetz

# Das Leiden der Schweinswale

**Umwelt** Fischerei, Ölbohrungen und Kiesabbau gefährden die Artenvielfalt in Nord- und Ostsee. Deutschland versagt beim Schutz seiner Meeresparadiese.

**D**as Schleppnetz hängt wie ein schlaffer, nasser Sack am Schiffskran der „Arctic Sunrise“. Eisiges Nordseewasser pladdert auf das Greenpeace-Schiff herab. Langsam senkt sich die Fracht auf das Deck, auf dem schon ein Berg alter Fischernetze liegt.

Thilo Maack steht im Trockentauchanzug neben seinem grobmaschigen Fang. Kurz zuvor war der Greenpeace-Aktivist noch zusammen mit einem Taucherteam der Organisation „Ghost Fishing“ in 24 Meter Wassertiefe unterwegs und schnitt das Netz vom Wrack eines alten Dampfschiffs los, an dem es sich verfangen hatte. Algengrün und acht Grad kalt ist das Was-

ser der Nordsee im Frühling, hier am Sylter Außenriff, einem Meeresschutzgebiet, rund 27 Seemeilen westlich der berühmtesten deutschen Insel. Die Sichtweite unter Wasser liegt bei nur 40 Zentimetern – Knochenarbeit für die bulligen Taucher.

Doch der Aufwand lohnt sich. „Diese Netze sind Todesfallen für Meerestiere“, sagt Maack und zieht die Maschen eines der reißfesten Plastiknetze auseinander, um deren Unüberwindbarkeit zu demonstrieren. „Von solchen Netzen gibt es hier in der Gegend Hunderte.“

Rund tausend Wracks liegen vor der deutschen Nordseeküste. Und an jedem von ihnen haben sich Fischernetze verfan-

gen, sagen die „Ghost Fishing“-Taucher. Diese sogenannten Geisternetze sind nicht nur eine akute Gefahr für die Umwelt. Für Naturschützer wie Maack symbolisieren sie auch das Versagen des deutschen Meeresschutzes.

Knapp ein Drittel der Arten in Nord- und Ostsee sind gefährdet. Der Zustand eines weiteren Drittels ist wegen miserabler Datenlage unbekannt. Vor allem die Grundschleppnetz-Fischerei, aber auch der Kies- und Sandabbau und der Eintrag von Nährstoffen vernichten die Vielfalt, konstatiert die Bundesregierung. Doch getan hat sich seit Jahren: nichts – und das, obwohl knapp die Hälfte der deutschen

Meeresfläche eigentlich unter Schutz steht (siehe Grafik).

„Bis heute wird in den wertvollsten Ökosystemen vor unseren Küsten flächendeckend gefischt, es fahren Tausende Schiffe, und es findet Rohstoffabbau statt“, klagt Kim Detloff vom Naturschutzbund Deutschland (Nabu). „Die deutschen Meeresschutzgebiete existieren nur auf dem Papier, und die Politik sorgt dafür, dass es auch so bleibt“, sagt Detloff, der mit Greenpeace, dem WWF, dem BUND und anderen Naturschützern eine Koalition für Meeresschutz geschmiedet hat.

Die Kritik richtet sich vor allem gegen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die gerade den ersten Entwurf neuer Schutzgebietsverordnungen vorgelegt hat. Die Bundesregierung ignoriere „naturschutzfachliche Notwendigkeiten“ und erfülle nicht „die Verpflichtungen des EU-Umweltrechts“, bemängeln die Verbände. Auch das Bundesnaturschutzgesetz, Grundlage der Verordnungen, müsse dringend novelliert werden.

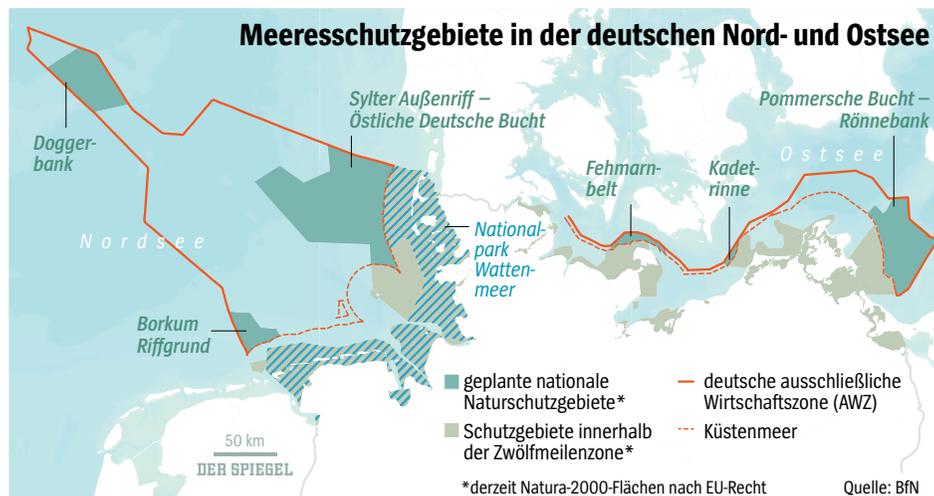
„Wenn es bei diesen Entwürfen bleibt, wird die Regierung ihre selbst gesetzten Ziele für den Meeresschutz um Lichtjahre verfehlen“, kritisiert auch die Grünen-Bundestagsabgeordnete Steffi Lemke. Hendricks habe vor allem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel nachgegeben. Mindestens die Hälfte der Schutzgebiete müsse komplett aus der Nutzung genommen werden, fordert Lemke: „Sonst bleibt das alles löcheriger Käse.“

Der Zustand von Nord- und Ostsee ist erschreckend: Von 1700 untersuchten Tier- und Algenarten stehen 500 auf der nationalen Roten Liste, 80 davon sind ausgestorben oder verschollen. Schlecht steht es zum Beispiel um die Steinriffe der Nordsee mit ihren Seenenken, Schwämmen und Weichkorallen, die Stern- und Prachttäucher der Deutschen Bucht, die Finten der Oderbank oder die Kegelrobben und Schweinswale der Ostsee.

Mit der Gründung des Nationalparks Wattenmeer galt Deutschland Mitte der Achtzigerjahre noch als ein Vorreiter im Naturschutz. Zumindest gut gemeint war im Jahre 2004 auch die Meldung sogenannter Natura-2000-Gebiete an die EU, mit der knapp ein Drittel des deutschen Seegebiets außerhalb der Zwölfmeilenzone als schutzwürdig ausgewiesen wurde. Doch in der Realität ist es in all diesen Schutzzonen mit dem Schutz nicht weit her.

So fördert das Öl- und Gasunternehmen DEA mitten im Wattenmeer Öl und will die Produktion sogar noch ausweiten. In den Natura-2000-Gebieten draußen auf See wiederum schlürfen Saugbagger wie jene der Großhansdorfer Firma OAM-DEME Mineralien Furchen in den Grund.

Nicht nur die Industrie macht dem Meer zu schaffen, sondern auch die Fischer. Ob-



**Bergung von Geisternetzen\*:** Knochenarbeit für bullige Taucher

wohl laut Gesetz der überwiegende Teil des Nationalparks Wattenmeer „möglichst ungestört“ sein müsste, ziehen die Krabbenkutter flächendeckend ihre Netze über empfindlichen Grund.

Mit sogenannten Baumkurren machen Trawler auch weiter draußen in den Natura-2000-Gebieten Jagd auf Scholle, Seesunne oder Steinbutt. Die Stahlkonstruktionen sind mit Ketten bewehrt, um die Plattfische aufzuscheuchen. Dabei rumpeln die bis zu zehn Tonnen schweren Fanggeräte über den Meeresgrund und machen alles platt.

In den bis zu 21 Kilometer langen Stellnetzen der Fischer wiederum verfangen sich Schweinswale. Jeder zweite tot aufgefundene Schweinswal der Ostsee ist in einem Fischernetz erstickt. Von den Meeressäugern gibt es in der Ostsee nur noch etwa 450 Exemplare.

Die EU-Kommission hat die deutsche Regierung inzwischen ermahnt, die Natura-2000-Gebiete besser zu schützen. 2007

\* Anfang Mai auf dem Sylter Außenriff.

wurden die Areale von Brüssel anerkannt. Innerhalb von sechs Jahren hätte Deutschland sodann Schutzverordnungen erlassen müssen. Geschehen ist nichts – bis heute.

Nun droht die EU deshalb mit einem teuren Vertragsverletzungsverfahren. Erst jetzt herrscht plötzlich Hektik im Bundesumweltministerium. In sechs separate Naturschutzgebiete will Hendricks die Natura-2000-Gebiete umwandeln – mit so klingenden Namen wie Doggerbank, Borkum Riffgrund, Sylter Außenriff, Fehmarnbelt, Kadetrinne, Pommersche Bucht. Doch an Durchsetzungskraft fehlt es der Ministerin. Die Verordnungsentwürfe seien „Rohrkrepierer“, sagt Greenpeace-Mann Maack.

Zwar sollen Aquakulturen, Hobbyangeln sowie der Anlagenbau in den Schutzzonen verboten werden. Sprengungen, Öl- und Gasförderung, Kies- und Sandabbau, selbst Fracking und das Einleiten von Schadstoffen hingegen seien nicht explizit verboten, kritisiert Kim Detloff.

Der Nabu-Mann ärgert sich zudem über die in den Verordnungsentwürfen fest-

geschriebene „Einvernehmensregelung“. Künftig sollen in Meeresfragen alle betroffenen Ministerien gemeinsam entscheiden. Das jedoch widerspricht gängiger Praxis. Normalerweise hat das federführende Ressort, in diesem Fall das Bundesumweltministerium, das letzte Wort. Nun aber hätte beispielsweise das Wirtschaftsressort faktisch ein Vetorecht.

Vor allem aber bemängeln die Naturschützer, dass nirgendwo Nullnutzungszone vorgesehen sind, Gebiete, in denen weder gefischt noch gebaggert oder gebohrt werden darf. „Die Natur braucht Räume, in denen sie sich komplett selbst überlassen bleibt“, sagt Maack. Mindestens 40 Prozent der Meeresfläche müssten in Ruhe gelassen werden, fordert er.

Wie segensreich solche Serengetis der Ozeane sind, zeigen Vorbilder aus anderen Weltregionen. Dort profitierte am Ende sogar die Fischerei: Erholen sich die Bestände in den Schutzgebieten, gibt es auch um sie herum wieder mehr zu fangen.

Doch gerade die Fischer wehren sich vehement gegen neue Regelungen. Die Hobbyangler etwa haben sich mit der Tourismusbranche verbündet. Ministerin Hendricks werde vor der Anglerlobby einknicken, fürchtet Maack. Dabei fingen

Freizeitangler in der Ostsee bis zu zwei Drittel der Dorschmenge, die Berufsfischer aus dem Wasser holen: „Die dürfen mit prallen Kühltaschen von Bord gehen – und das ganz ohne Quote.“

Immerhin will das Umweltministerium die Fischerei mit Grundschlepp- und Stellnetzen in einigen Schutzgebieten der Nordsee verbieten, in anderen nur noch zu bestimmten Zeiten erlauben. Für die Ostsee fehlen solche Pläne noch. Zudem sollen die Fischer mit Satellitenhilfe und Kameras künftig besser überwacht werden – ein Vorschlag, den der Deutsche Fischerei-Verband allerdings als „unverhältnismäßig“ zurückweist. In einem Drittel des Gesamtgebiets solle die Fischerei eingeschränkt werden, schimpft Verbandsprecher Claus Ubl. „Wir sind schon durch die Windparks gebeutelt, in denen nicht gefischt werden darf; wir können uns nicht noch weiter die Zukunft verbauen lassen.“

Den Naturschützern dagegen sind die vorgesehenen Beschränkungen zu lasch. „Auch die Fischer brauchen eine gesunde Meeresumwelt“, sagt Maack. Unverständlich findet er zum Beispiel, dass Teile des Sylter Außenriffs weiterhin für Krabbenfischer offen sein sollen.

Das 5314 Quadratkilometer große Areal birgt Steinriffe, die einzigartig sind in der

deutschen Nordsee. Wundersam geformte Weichkorallen wie die Tote Mannshand leben dort, purpurrote Seeanemonen, Gestreifte Hörnchenschnecken sowie Furchen- und Taschenkrebse. Das Gebiet ist die Kinderstube des Schweinswals und Jagdgebiet von Kegelrobbe und Seehund.

Maack will nicht mehr tatenlos zusehen, wie dieses Paradies zerstört wird. Die Bergung der Geisternetze ist für ihn nicht die einzige Hilfsaktion. Vor Jahren schon versenkte Greenpeace Hunderte bis zu drei Tonnen schwere Findlinge auf dem Sylter Außenriff.

Stolz zeigt der Meeresschützer auf der Brücke der „Arctic Sunrise“, dass die Greenpeace-Findlinge nun sogar als „große Steine“ auf der Seekarte vermerkt sind.

„In diesen Gebieten findet tatsächlich keine Fischerei mehr statt, weil die Fischer Angst um ihre Netze haben“, freut sich Maack. „So ist die bislang einzige Nullnutzungszone in der deutschen Nordsee entstanden.“

Philip Bethge

Mail: philip.bethge@spiegel.de, Twitter: @philipbethge



**Video: Kampf gegen die Geisternetze**

spiegel.de/sp202016geisternetze  
oder in der App DER SPIEGEL